

Merseburger Kreisblatt



Abonnementspreis: Vierteljährlich bei den Aus-
trägern 1,20 Mk., in den Ausgabestellen 1 Mk., beim
Postbezug 1,50 Mk., mit Postgeld 1,92 Mk. —
Die einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet. —
Die 3. und 4. Ausgabe ist an Hochtagen von früh
7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr
geöffnet. — **Sperrstunden** der Redaktion abends
von 6^{1/2} bis 7 Uhr. — Telefonruf 274.

Inserationsgebühr: Für die 5 gepaltene Korpus-
seite oder deren Raum 20 Pf., für Feinsätze in
Merseburg und Umgebung 10 Pf. Für periodische
und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung.
Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet.
Notizen und Nekrolog außerhalb des Infanten-
teils 40 Pf. — Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen
Inserate entgegen. — Telefonruf 274.

Tageblatt für Stadt und Land

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine.

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 6.

Dienstag, den 9. Januar 1912.

152. Jahrgang.

Die Revolution in China.

Ein Manifest Dr. Sunjatsens.

* Schanghai, 6. Jan. Sunjatsen hat ein Manifest an alle befreundeten Nationen erlassen. Das Manifest beginnt mit einer langen Anklage gegen die Mandschuregierung; weiter erklärt es, daß die Republik entschlossen sei, alle Verträge, Anleihen und internationalen Verpflichtungen, die unter der Mandschuregierung vor dem Beginn der Revolution mit den Ausländern oder fremden Nationen eingegangen worden seien, zu respektieren, dagegen alle späteren Verträge nicht anerkennen. Das Manifest verpricht den Fremden Schutz der Person und des Eigentums. Die republikanische Regierung beabsichtigt eine Reform der Verwaltung des Finanzwesens, Abschaffung der Beschränkung des Handels und religiöse Toleranz. Den Mandschu, die sich friedlich verhalten, wird Rechtsgleichheit und Schutz versprochen.

Ein Diebstahl auf dem Kreuzer „Settin“.

* Kiel, 6. Jan. Auf dem kleinen Kreuzer „Settin“ ist in der Kammer des Ersten Offiziers ein fest eingebautes, mit Sicherheitschloß versehenes eisernes Spind, das zur Aufbewahrung geheimer Dienstvorschriften bestimmt ist, erbrochen worden. Auf die Ergreifung des Täters ist ein Preis von 300 M. gesetzt worden. Nach Ansicht militärischer Kreise werden durch den Verlust der entwendeten Schriftstücke keine wichtigen militärischen Geheimnisse preisgegeben.

Deutsches Reich.

* Berlin, 7. Jan. (Hofnachrichten.) Die Kaiserlichen Majestäten begaben sich heute ins Mausoleum bei Charlottenburg, um am Sarcophag der Kaiserin Augusta, als an ihrem Todestage, Kränze niederzulegen.

* London, 6. Jan. Lord Lansdowne erklärte in einem Interview über Kaiser Wilhelm: „Ich habe es mir zum Prinzip gemacht, niemals etwas zu wiederholen, was der Kaiser mir gesagt hat. Hätte ich die Erlaubnis dazu, könnte ich Tatsachen erzählen, die die Engländer mit Erstaunen erfüllen würden, Tatsachen über die große Freundschaft, die Kaiser Wilhelm für Großbritannien hegt. Ich bin überzeugt, daß Kaiser Wilhelm die feindliche Haltung, die unsere Regierung gegenüber Deutschland eingenommen hat, nicht versteht. Was die Kriegserklärungen betrifft, so kann ich diese selbst nicht verstehen.“

Reichstagswahl. In letzter Stunde!

Nun stehen die Wahlen unmittelbar vor der Tür! Ein letztes Wort an unsere Freunde sei nus darum gestattet.

In eine Zeit der gefährlichsten inneren Zersetzung fallen die bevorstehenden Wahlen. Ist es da nicht Pflicht jedes Patrioten, sich mit aller Macht, mit aller Kraft der Seele und des Willens dem unglücklichen Zuge der Zeit entgegenzuwerfen? Ist es nicht vor allem Pflicht, den Mächten der Zerstörung Halt zu bieten? Muß nicht jeder, der es mit seinem deutschen Vaterlande gut meint, vor allem dahin wirken, daß wir wieder ein gesundes, gottesfürchtiges, patriotisches Volk werden, daß wieder die Freunde an Vaterlande in die menschlichen Herzen einzieht? Ist es da nicht Pflicht, dafür einzutreten, daß vor allem jenem verderblichen, vom Sozialismus in unser Volk hineingetragenen Geist der Auflehnung gegen göttliche und menschliche Autorität entgegengetreten werde?

In dieser inneren Krise Deutschlands kann es in letzter Hinsicht doch nur zwei Parteien, zwei geistige Richtungen geben: Wer arbeitet an der Wiedergeburt unseres geistigen, politischen und wirtschaftlichen Lebens? und: Wer arbeitet an seiner weiteren Zerstörung?

Die gutturbare Gefahr der Sozialdemokratie besteht ja nicht nur darin, daß sie etwa mit äußerlichen Revolutionen unsere Zustände umflürt. Das wird ihr so leicht nicht gelingen, sondern die Hauptgefahr der sozialdemokratischen Agitation liegt darin, daß sie das Seelenleben unseres Volkes vergiftet, daß sie die menschlichen Gemüser irreleitet, daß sie jeden Sinn für gut und recht abstumpft, daß sie aus den Herzen unseres Volkes alle Ideale herausreißt: Religion, Gottvertrauen, Freude und Lust an der Arbeit, daß sie die Begehrtheit der Massen fortwährend aufstacheln, statt die Tugenden der Mäßigung und Gemütsamkeit zu pflegen.

In der freisinnigen Presse wird fortgesetzt an bestehenden Autoritäten gerüttelt, auf politischem Gebiet wie auf religiösem. Das „Berliner Tageblatt“ feiert den atheistischen Hadesischen Monistenbund als einen „Befreier von den Schenkklappen des Dualismus, d. h. des christlichen Glaubens“. Die „Vossische

Zeitung“ schreibt: „Wir sind der jenseitigen Welt nicht mehr so sicher wie unsere Väter. Als ehrliche Menschen machen wir uns keinen Dumm vor. Was fangen wir an mit den überlebten Sakramenten?“ Dieselbe Zeitung erklärt die Forderung eines christlichen Staates für einen schönen Traum der Priester und Pfaffen.“

Wie ganz anders hat da Bismarck gedacht, dessen großes Beispiel man nur immer wieder unserer Zeit vorhalten kann, er, der immer offen bekannt hat, daß er nur aus seinem religiösen Glauben die Kraft schöpfe, seinem Vaterlande mit Aufopferung zu dienen, der das schöne Bekenntnis ablegte: „Wenn ich nicht ein gläubiger Christ wäre, so würden Sie einen solchen Reichstanzler nicht erlebt haben. Nehmen Sie mir meinen religiösen Glauben, so nehmen Sie mir mein Vaterland.“

So arbeitet der Freisinn der Sozialdemokratie vor. Denn wenn der Arbeiter seinen Glauben an Gott und bessere Zukunft verloren hat, dann geht er nicht zum Freisinn, sondern zur Sozialdemokratie.

Über auch politisch ist die Arbeit des Freisinnigen nicht aufbauend, sondern zerstörend. Auch in der Politik stürmt er an gegen alle bestehenden Autoritäten. Solange Fürst Bismarck regiert hat, ist er von der fortschrittlich-freisinnigen Presse und ihren Parlamentariern nie anders behandelt worden, als ein volksfeindlicher Reaktionsäre, als ein unfähiger Staatsmann, der von seinem Plaze entfernt werden müsse. Nie hat der größte Staatsmann des 19. Jahrhunderts, um den uns das Ausland beneidet, beim Freisinn irgend eine Anerkennung gefunden. Noch bei seinem 80. Geburtstag weigerte sich der Freisinn, dem Begründer des Deutschen Reiches einen Gruß zu senden. Und mit wie wenig Ehrfurcht wird in der freisinnigen Presse im allgemeinen von der Monarchie geredet! Was herabsetzend spricht man dort von unserem Beamtentum, das uns kein anderes Land nachmacht! Jeder konfessionell denkende Verwaltungsbeamte, jeder Landrat, der freisinnig-radikale Forderungen entgegentritt, wird verdächtigt, als sei er nur ein Werkzeug der Junker und Agrarier. In unsere Landbevölkerung trägt der freisinnig-radikale Bauerbund den Geist der Zwietracht hinein, in den Städten hegt der Handabund gegen Junker und Agrarier. Ueberall Ferkelung, überall Verwirrung.

Das härteste Wort, was man über den Freisinn sagen kann, haben die sozialdemokratischen Führer selbst ausgesprochen: Wo der Freisinn vorgearbeitet habe, da hätte auch die sozialdemokratische Agitation leichtes Spiel.

Aber auch die praktische Politik des Freisinnigen unterliegt für uns den schwersten Bedenken. Was hilft es, die Sozialdemokratie theoretisch zu bekämpfen, wenn man eine Politik befolgt und insbesondere für ein Wirtschaftssystem eintritt, welches vielfach direkt der Sozialdemokratie zugute kommen muß? Was vertritt denn der Freisinn in der Politik?

Offenbar vertritt doch der Freisinn in der inneren Politik das Interesse der großen Geldmächte, des Großhandels, der Börse und der Hochfinanz. Er nennt sich „Volkspartei“, aber die Richtung seiner Wirtschaftspolitik zeigt doch, daß er nicht die Interessen der unteren Volksschichten und Mittelstände pflegt, sondern lediglich das Interesse des Großkapitals. Auf allen Gebieten hat sich der Freisinn als der Freund des Großbetriebes gezeigt, aber nicht des Kleinbetriebes. Er ist der Freund und Schützer aller großkapitalistischen Unternehmungen, die den mittleren und kleinen Betrieb vernichten.

Was Liberale über die Erbschaftsteuer sagten.

Den Konservativen wird es zum schweren Vorwurf gemacht, daß sie gegen die Erbschaftsteuer (d. h. gegen die Besteuerung des Wirtens- und Waisenerbes) ernste Bedenken geäußert haben. Sie stehen damit aber keineswegs allein. In liberalen Blättern wird das freilich nicht verschwiegen, denn wenn die liberalen Wähler erfragen, was liberale Abgeordnete anfangs gegen die Erbschaftsteuer gesagt haben, dann würden sie ja den Konservativen keinen Vorwurf mehr machen! Hören wir also die Stimmen einiger liberalen Männer aus dem Reichstag!

Der freisinnige Führer, Abg. Wiemer, sagte am 10. Januar 1906: „Es läßt sich nicht verkennen, daß eine solche Besteuerung der Deszendenden (d. h. Nachkommen) Eingriff in die Familieneinheit enthält, vielfach tragend erwerbsfähige Familiensglieder dazu bei, durch ihre Arbeit das Familienvermögen zu erhalten und zu vermehren. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß unter Umständen dieses Eingreifen in die intimen Familienverhältnisse äußerst peinlich wirken kann bei dem Tode

des betreffenden Erblassers.“

Derselbe Abgeordnete sagte am 11. Mai 1906: „Eine solche Maßnahme entspricht nicht der deutschen Rechtsauffassung von der Einheit des Familienvermögens. . . In Todesfällen erleidet eine Familie ohnehin eine wirtschaftliche Einbuße, zumal wenn der Ernährer der Familie stirbt. Für die nächsten Familienangehörigen ist das Eindringen des Fiskus in die Vermögensverhältnisse überaus peinlich, zumal wenn über die Erbschaft selbst Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Fiskus und den Erben hervortreten. Eine solche Belastung wirkt um so schwerer, als sie in die Zeit der Trauer um den Verlust eines Angehörigen fällt und in eine Zeit der Sorge um die wirtschaftliche Zukunft. Es kommen auch noch praktische Ermägungen hinzu, insbesondere die Schwierigkeit der gleichmäßigen Erhebung der Steuern von beweglichen und unbeweglichen Vermögen. Gerade bei den nächsten Angehörigen wird es oft vorkommen, daß ein Teil des Kapitalbesitzes, namentlich solcher, der in Wertpapieren angelegt ist, sich der Erbschafts- und Schenkungssteuer entzieht und völlig unkontrollierbar ist, weil er von Hand zu Hand weitergegeben wird.“

Das sind vortreffliche Worte! Gerade aus diesen Gründen haben die Konservativen gegen die Erbschaftsteuer gestimmt: weil diese nämlich zu der allerungeeignetsten Zeit, beim Todesfall des Ernährers der Familie, erhoben wird — wie schwer wird also z. B. eine Beamtenwitwe getroffen! — ferner weil sie den deutschen Familienfinn schädigt, — denn nach deutschen Begriffen ist das überhaupt keine „Erbschaft“, was der Witwe von ihrem Mann zufällt, — und ferner ist diese Steuer ungerecht, denn das bewegliche Vermögen, der Kapitalbesitz, kann sich derselben leicht entziehen. Wenn ein reicher Kapitalist z. B. sein Vermögen bei Lebzeiten an seine Kinder abgibt, so gilt das als „Schenkung“, und es braucht alsdann keine Erbschaftsteuer gezahlt zu werden! Ist das gerecht?! — In Elsaß-Lothringen, wo diese Erbschaftsteuer besteht, wird sie fast ganz allein von der Landwirtschaft getragen und der Kapitalbesitz bringt nur ein Fünftel, also einen lächerlichen Bruchteil der Steuer auf! Aber vielleicht war gerade dieser Umstand ein Hauptgrund, weshalb die Liberalen ihre anfängliche Gegnerlichkeit gegen die Erbschaftsteuer änderten, weil durch diese nämlich der Kapitalbesitz wenig getroffen wurde, denn die Liberalen sind allezeit die treuesten Beschützer des Großkapitals und der Börse gewesen, zum Schaden des gesamten Mittelstandes. — Doch hören wir erst noch einige weitere Äußerungen liberaler Abgeordneter gegen die Erbschaftsteuer!

Der freisinnige Abg. Dr. Müller-Meinungen schrieb in der „Vossischen Zeitung“ am 2. Januar 1908 wörtlich: „Bei der Erbschaftsteuer der Abstammung und Ehegatten handelt es sich um Eingriffe in das Familienleben zu einer Zeit, in der das Teuerste der Familie entrisen worden ist, in der meistens die Einmennung des Steuerbeamten mit den Redereien nach der Höhe der Erbschaft wie eine offizielle Verhöhnung des Schmerzes der Leidtragenden wirkt.“

Besonders beachtenswert sind die Ausführungen des national-liberalen Abg. Baasche über Nachlasssteuer (21. November 1908): „Ich bin der festen Ueberzeugung, daß eine solche Steuer namentlich in ländlichen und kleinbäuerlichen Kreisen eine derartige Erbitterung hervorrufen wird, daß ich ungern die Verantwortung dafür übernehmen möchte. Beispiele brauche ich wohl kaum dafür anzuführen. Meine Herren! In dem Moment, wo der Ernährer der Familie stirbt, soll der Wert des Erbes festgestellt werden! Was heißt denn der Wert beispielsweise eines bäuerlichen Besitzes von 30 000 bis 40 000 M.? Dann soll im einzelnen geschätzt werden: was ist das Haus wert, was ist der Acker wert? Jeder gibt einen anderen Wert an. Was ist die Kuh wert, die im Stalle steht? was sind die Pferde wert? was die Ernten? Bis die Steuer erhoben werden soll, ist die Ernte bereits aufgezehrt, ohne Nutzen zu bringen. Man muß im Winter sein Vieh durchfüttern, ohne daß es Ertrag gibt, die Stroh- und Heuerräucher sind weg usw. Man erwidert: Die Steuereinschätzung braucht nicht so rigoros zu sein. Sie wird es aber sein, wenn es sich darum handelt, hohe Steuererträge herauszunehmen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). . . Meine Herren! Doch weiter! Der Hausrat, Wäsche und Kleider sollen nicht besteuert werden. Was heißt „Hausrat“? Soll jede Frau, wenn der Mann stirbt, ihre Schubkästen öffnen und zeigen, was sie etwa an Schmuck von ihrer Mutter geerbt hat? Soll sie alle Spitzen zeigen, die sie als Heiligum aus alter Zeit besitzt und sie nun als Wertobjekt zur Steuer angeben? Soll die Witwe, wenn Rot vorhanden ist,

In meinem diesjährigen grossen Saison-Ausverkauf

sind in allen Abteilungen grosse Warenposten mit bedeutender Preisermässigung zum Verkauf gestellt. Ganz besonders billig, teilweise bis weit über die Hälfte des bisherigen Wertes herabgesetzt sind alle dem Modewechsel unterworfenen Artikel.

Am Lager sind noch in grosser Auswahl:

Englische u. Flaueschpaletots, Schwarze Eskimopaletots, Plüschmäntel, Abendmäntel, Kostümes, Capes, Kostümröcke u. Blusen, Mädchenpaletots u. -Kleider, Golfjacken, Sweater, Kapotten, Mützen.

Ferner empfehle ich für die kalte Jahreszeit:

Alle Tricotagen u. Unterzeuge für Herren, Damen u. Kinder, Handschuhe, Strümpfe, Gamaschen, Pelzwaren, Muffen, Colliers, während des Ausverkaufs zu besonders, wohlfeilen Preisen.

10% Ausnahme-Rabatt auf alle dem Ausverkauf nicht unterstellten Waren während der Dauer desselben.

20% Ausnahme-Rabatt auf alle Herren- u. Knaben-Konfektion bis zur Verlegung dieser Abteilung in das Nachbar-Grundstück.

Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 11.

Erstklassige schwere französische

Maultiere

stehen in guter Auswahl zum Verkauf.

S. Neuberg,

Berlin N.W. Lehriersstr. 12/13.

Hausfrauen

finden in meinem eröffneten Inventurverkauf praktische Bedarfsartikel für die Küche etc. in sehr grosser Auswahl. — Passende Gebrauchs- & Dekorations-Gegenstände für's Wohn- und Schlafzimmer etc. Nur solideste Fabrikate. — Enorm billige Preise.

Paul Ehlert vorm. Aug. Perl,
Fernspr. Nr. 329. Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. Markt 33.

Gedenket der hungernden Vögel.

Stenographen-Verein „Stolze“
Dienstag, d. 9. Januar, abds 9 Uhr im Vereinslokal „Hegrog Christian“
General-Verammlung.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Abendstunden von 8—9 Uhr.
Der Vorstand.



Unsere Mitglieder eruchen wir, die Mitgliederbücher

zum Vortrag des Guthabens für 1911 bis zum **10. Januar 1912** in unserem Geschäftslokale abzugeben.

Vorschuß-Verein zu Merseburg,
Gingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
E. Hartung. A. Müller. F. Heyne.

Ein Versuch überzeugt, dass



in Würfel zu 10 Pfg. für 2—3 Teller Suppe von unerreichter Güte und Wohlgeschmack sind. Nur mit Wasser in kurzer Zeit zubereiten. Bestens empfohlen von

Oskar Leberl, Burgstr. 16.

Ge t o r b e n: Der Ranglist Reinhold Oberbed, 65 J., II. Altenburg 28; die Witwe Lina Schulze geb. Rauch 68 J., Politz. 2; die Z. des Arbeiters Hinrich 3 W., Saalfeld 4; der Steinbrucker Oswald Gröbel 86 J., Bornstedt 2; der S. des Handarb. Böhmke 2 Jg., Leitzsch. 23; die Witwe Cäcilie Gräger geb. Claus 84 J., Wittenberg 10.

Zu den Anzeigen im Standsamt sind Ausweisepapiere vorzulegen.

Kirchliche Nachrichten.

Dom.
Donnerstag, abends 8 Uhr, Bibelstunde in der Herbergs zur Heimat.
Dankes Wort.
Zitat: Getauft: Otto Heinz Wilhelm, S. des Tischlermeisters Borsdorff; Conrad Otto Kurt, S. des Landwirts Dietrich; Paul Gerhard, S. des Schuhmachermeisters Schröder; Hermann Karl Erich, S. des Schlossers Berg; Anna Elisabeth, Z. des Zimmerers Wolff.
Verheiratet: Die Z. des Arb. Wittenberg; der Steinbrucker Gröbel.
Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Bibelstunde Mülhstraße 1. — Pastor Berger.
Altenburg. Weerdigt: Frau Pauline Stöber geb. Schmar.
Wittenberg. Getauft: Erich Otto, Sohn des Wäckermeisters Otto Bausteller; Alwin Gertrud Hans Joachim, Sohn des Architekten u. Baumeisters Klappenbach.

Standsamtliche Nachrichten der Stadt Merseburg.

Dom 1. bis 6. Januar 1912.
E h e l i c h u n g e n: Der Galanderführer Paul Kühner u. Annale Schulze geb. Dippner, Gallsche Str. 9; der Schmied Gustav Berg u. Alma Kummer, gr. Ritterstr. 8.
G e b o r e n: Dem Handarbeiter Böhmke 1 S., Leitzsch. 23; dem Fabrikarbeiter Hauptold 1 S., Mülhberg 6; dem Steinmeyer Meiß 1 Z., II. Altenburg 45; dem Maler Ender 1 Z., Wittenberg 21; dem Arbeiter Schreiner 1 Z., S. 14; dem S. d. d. Landes-Verfürungs-Anstalt Schröder 1 S., II. Altenburg 6.

Wähler in Stadt und Land!

Wir stehen unmittelbar vor der Reichstagswahl! Fast scheint es, als hätte die bevorstehende Wahl, solange das deutsche Reich besteht, an Bedeutung ihresgleichen noch nicht gehabt.

Es kommt darauf an, daß solche Männer in den Reichstag einzuziehen, die auf den bewährten Grundlagen unseres Verfassungs- und Wirtschaftslebens weiter arbeiten wollen und nicht Anhänger einer Richtung, die unser Vaterland immer mehr dem Radikalismus und der demokratischen Zersetzung entgegenführt.

Wir wollen nicht an der geschichtlich gewordenen Verteilung der Rechte zwischen Regierung und Volksvertretung gerüttelt wissen; denn wir leben in einem Staatswesen, das Größe und Blüte seinem monarchischen Grundcharakter verdankt und zugleich allen Bürgern eine weite und freie Betätigung auf den Gebieten des öffentlichen Lebens sichert, weit über das in vielen Republiken bestehende Maß hinaus. Den besonders von der fortschrittlichen Volkspartei verfolgten Bestrebungen, die dahin zielen, die Rechte des Reichstages in dem zumeist die Parteileidenschaft eine ausschlaggebende Rolle spielt, auf Kosten der kaiserlichen Gewalt zu erweitern, müssen wir deshalb mit Entschiedenheit entgegentreten.

Wir fordern einen wirksamen Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen den immer rücksichtsloser werdenden sozialdemokratischen Terrorismus, sowie Schutz der Arbeitswilligen vor der Bedrängung durch die Sozialdemokratie. Den Kampf gegen diese Feindin von Religion, Vaterland, Familie und Eigentum werden wir mit Entschlossenheit fortsetzen. Der

immer mehr einreißenden Zuchtlosigkeit und Verwilderung unserer Jugend sollte mit aller Tatkraft entgegengearbeitet werden. Dabei wird auf die Fortführung einer gesunden Sozialpolitik zum besten unseres Arbeiterstandes Bedacht zu nehmen sein.

In unserem deutschen Vaterlande haben sich infolge der gerechten, weitblickenden Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck Handel und Wandel in früher nie geahnter Weise entwickelt, trotz Gegnerschaft des fortschrittlichen Liberalismus und der Sozialdemokratie. Ein Beweis dafür ist das fast völlige Verschwinden der Auswanderung und eine zunehmende Wohlhabenheit in allen Schichten der Bevölkerung. Industrie wie Landwirtschaft nebst ihren Arbeitern, Handwerk wie Handel werden gedeihen, wenn der bisherige Zollschutz weiter bestehen bleibt.

Aber auch für den Landwirt wünschen wir nicht besonders hohe Preise, die ihm mehr schaden als nützen würden, sondern nur einen mäßigen, aber möglichst gesicherten Lohn für seine Arbeit gegenüber dem billiger produzierenden Auslande. Die Erhaltung unserer Wehrkraft zur Wahrung eines ehrenvollen Friedens oder zur erfolgreichen Verteidigung unserer Lebensinteressen ist das Erfordernis jeder vaterländischen Politik.

Diesem Programm gemäß empfehlen wir für die bevorstehende Reichstagswahl am 12. Januar den Wählern des Kreises Merseburg, die Wahl des Herrn

Gutsbesitzer **Niele**-Starsiedel.

Herr Niele wird eintreten für gerechte Steuern nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit. Dabei gilt es für den Schutz des durch das moderne Großkapital hart bedrängten Mittelstandes zu sorgen. Herr Niele ist für eine stärkere Heranziehung des Besitzes unter Schonung der Kleinen und des Mittelstandes.

Herr Niele ist ein entschiedener Gegner des Warenhauswesens, der Abzahlungsgehalte, der Wanderlager und

Wanderauktionen. Er hat sich bereitwillig zu den Bestrebungen des Handwerkerbundes bekannt und wird Alles unterstützen, was geeignet ist, die Organisationen des Handwerkers zu fördern und zu kräftigen. Ebenso wird er für die Autorität des Arbeitgebers in allen Zweigen des Gewerbelbens wirken. Er wird endlich eintreten für Schutz und Ausgleich der berechtigten Interessen aller Berufsstände, für deutsche Arbeit und für deutsche Art und Sitte, getreu der alten Losung:

Mit Gott für Kaiser und Reich!

Namens des patriotischen Vereins und des Bundes der Landwirte.

Behling-Bündorf, Bod-Klein-Schorlopp, Gießelt-Röschau, Franz-Merseburg, Günther-Merseburg, Hertel-Merseburg, Hilpert-Niederlobitau, Georg Hochheim-Schaffstädt, D. Graf Hohenthal-Dölkau, Klingholz-Merseburg, Leeder-Merseburg, Lenz-Lützen, Mittsch-Schleuditz, Dr. Mittsch-Merseburg, Dr. von Richter-Delitz a. S., Schele-Schladebach, Schurig-Witzschersdorf, Trautmann-Bennndorf, von Trotha-Scopau, Wartgenstedt-Caja, Wegelen-Schottorey, Adolf Weise-Hollen, Westmeier-Schleuditz, Winkler-Merseburg, Dr. Zichen-Merseburg, von Zimmermann-Bentendorf,

Beilage zu Nr. 6 des „Merseburger Kreisblatts“.

Dienstag, den 9. Januar.

Zur Reichstagswahl.

Die Parteien und ihre aussichtsreichsten Wahlkreise.

Man schreibt den „Leipz. Neust.“:

Unter den 397 Reichstagswahlkreisen, die am 12. Januar neu besetzt werden sollen, gibt es nur verhältnismäßig wenige, die von den einzelnen Parteien als sicherer Besitz angesehen werden können. Die Nachwahlen zum Reichstag seit 1907 haben in dieser Beziehung so eigenartige Ergebnisse gezeigt (Lobau-Wehlau, Konstantz-Weberlingen usw.), daß man von einem „absolut sicher“ nur noch in wenigen Fällen reden kann. Immerhin aber lassen sich nach dem bisherigen Ausfall der Wahlen, nach der Zusammengehörigkeit der einzelnen Wahlkreise usw., gewisse Schlüsse ziehen. Im folgenden sind jene Wahlkreise angeführt, in denen die einzelnen Parteien bei der Hauptwahl 1907 mehr als 60 Prozent aller abgegebenen Stimmen zuzielen. Am stärksten ist dabei das Zentrum vertreten. Es hatte 64 Wahlkreise aufzuweisen, in denen mehr als 60 Proz. der Wähler für diese Partei stimmten. In 18 Kreisen wurden zwischen 60 und 69 Proz., in 23 zwischen 70 und 79 Proz. und in 15 zwischen 80 und 89 Proz. der Wahlsessel für das Zentrum abgegeben. Als sonstige Wahlkreise dieser Partei sind 8 zu bezeichnen, in denen sie 90 bis 96 Proz. aller abgegebenen Stimmen erhielt. Gelsenkirchen mit 96 Proz. steht hier oben. Zwei Wahlkreise, die dem Zentrum zwar vorläufig absolut sicher sind, erwecken durch die Zahlenverschiebungen seit den Hauptwahlen 1907 besonderes Interesse. Es sind Schleiden-Ralmedy und Lüdinghausen-Beckum. Den ersteren vertrat früher der verstorbene Prinz von Arenberg. Er erhielt bei der Hauptwahl von 18 574 abgegebenen Stimmen 17 418. Die Nachwahl, zu der ein Zentrumsbesonderkandidat aufgestellt war, brachte einen Rückgang von rund 7000 Stimmen. Ebenso gingen bei Nachwahl in Lüdinghausen-Beckum, wo der Herzog von Arenberg gegen einen Zentrumsbesonderkandidaten gewählt worden war, zirka 8000 Stimmen verloren.

Nächst dem Zentrum sind es die Konservativen, die über die meisten sicheren Wahlkreise verfügen. Es sind 16 Kreise, in denen mehr als 60 Proz. aller Stimmen dem Konservatismus zufallen. Und zwar stimmten konservativ in 5 Kreisen mehr als 60 Proz., in 3 Kreisen mehr als 70, in 6 Kreisen mehr als 80 und in 2 Kreisen mehr als 90 Proz.

Den sichersten Besitzstand haben seit Jahren die Polen. Von den 20 Wahlkreisen, die sie im verflochtenen Reichstag vertraten, sind 13 als schwer verlierbar zu betrachten. In 8 Kreisen wählten 60 bis 69 Proz., und in 5 Kreisen zwischen 70 und 80 Proz. den polnischen Kandidaten. Was die Sozialdemokratie angeht, so hat diese im Verhältnis zu ihrer Größe die wenigsten „sicheren“ Wahlkreise. Bei der Hauptwahl im Jahre 1907 gab es

nur 6 Wahlkreise, in denen beim ersten Wahlgange mehr als 60 Proz. Stimmen für diese Partei gezählt wurden. (Berlin 4 und 6, Hamburg 1 und 2, Niederbarnim und Altona.) Allerdings erhielt die Sozialdemokratie außerdem bei der Hauptwahl in 21 Wahlkreisen mehr als 50 Proz. der Stimmen. Diese 21 Kreise sind aber schwerlich alle als wirklich sicher anzusehen.

Auch die nationalliberale Partei hat nicht allzuviel festen Besitzstand. Am sichersten dürfte dieser Partei der Wahlkreis Zürich (Dr. Semler) mit 80 Proz., Guben mit 71 Proz. (Prinz Carolath), sowie Schwarzburg-Sondershausen mit 64 Proz. aller abgegebenen Stimmen sein. Bekanntlich hat ja auch Leipzig-Stadt mehr als 60 Proz. an nationalliberalen Stimmen abgegeben. In den Kreisen Löbau (Dr. Weber) und Kreuznach (Dr. Raasche) wurden 1907 knapp 60 Proz. an nationalliberalen Stimmen abgegeben. Von den sonstigen Parteien mit ziemlich sicherem Besitzstand sind die Antifemiten noch mit 2 Wahlkreisen vertreten: Arnswalde-Friedberg 80 Proz. („Wahrheits“-Verleger Bruhn) und Baugen 68 Proz. (Weinbändler Gräfe); die Reichspartei hatte nur einen Wahlkreis Mansfeld (Trendt) aufzuweisen, in dem sie mehr als 60 Proz. erhielt, und der Freisinn ebenfalls nur einen, in dem ihm ziemlich 60 Proz. Stimmen zugefallen sind.

Nochmals Konservative und Zentrum.

Dem „Weissenfelz. Tgl.“ geht aus dem Landkreise Weissenfels folgender Artikel zu:

Unbegreiflich und völlig verfehlt ist das Gerede von einem angeblichen Bündnisverhältnis zwischen Zentrum und Konservativen, dem sog. Schwarzblauen Bloß.

Ein solches Bündnisverhältnis, welches die Konservativen etwa verpflichtet, für Forderungen des Zentrums, insbesondere in Kirchen- und Schulfragen einzutreten, existiert nicht. Es existiert nicht einmal zwischen beiden Parteien ein Wahlabkommen, wie es zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen besteht. Die Konservative Partei ist der Überzeugung, die Fürst Bismarck ausgesprochen hat, daß die letzten Ziele des Ultramontanismus unvereinbar sind mit dem Wesen des modernen Staates, da sie auf Unterwerfung der weltlichen Gewalt unter die geistliche hinauslaufen. Das schließt aber nicht aus, daß wir Konservativen in allen Dingen, die mit Konfessionalität, mit Kirchen- und Schulfragen nichts zu tun haben, sehr wohl mit dem Zentrum zusammengehen können. Das wird besonders von den wirtschaftlichen Fragen gelten, in denen stets das Zentrum mehr Einsicht und verständiges Urteil gezeigt hat, als weite Kreise des Liberalismus. So konnten die Schutzzölle für Industrie und Landwirtschaft i. J. 1879 bei dem Verlagen des Liberalismus nur mit Hilfe des Zentrums eingeführt werden. Und wie haben sich diese Schutzzölle vortrefflich bewährt! Auch

in allen Mittelstandsfragen, besonders in der Handwerkerfrage, ist die auf Stärkung der Mittelstände gerichtete Politik der Konservativen fast immer vom Zentrum unterstützt, vom Freisinn dagegen stets bekämpft worden. Auch die Reichsfinanzreform konnte schließlich nur mit dem Zentrum gemacht werden, da der Freisinn nicht zu bestimmter Stellungnahme zu veranlassen war, wie er sich die Durchführung der auch von ihm theoretisch für notwendig erklärten indirekten Besteuerung von Bier, Branntwein und Tabak dachte. Welmehr wollte der Freisinn damals die Notlage der Regierung zur Erlangung einer parlamentarischen Parteiregierung, d. h. zur Schwächung der Krone ausnützen. Das Zentrum dagegen verlangte keine Gegenleistung. Uebrigens darf auch nicht vergessen werden, daß der Freisinn, der heute auf jedes Zusammengehen mit dem Zentrum schilt, 30 Jahre lang das Zentrum stets bei den Wahlen unterstützt hat, gegen Nationalliberale und Konservative. Ferner ist es zeitgemäß, daran zu erinnern, daß die Deutschfreisinnige Partei, jetzt „Fortschrittliche Volkspartei“, seit ebenso langer Zeit stets für die bedingungslose Rückberufung der Jesuiten eingetreten ist. Die Briefe des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Kopsch an die Zentrumsvorstände mit der Bitte um Wahlunterstützung sind seiner Partei auch noch nicht vergessen. Waren sie doch während des Bülowbloßes geschrieben!

Diese Tatsachen mögen namentlich die nationalliberalen Wähler in unserem Wahlkreise nicht vergessen, denen man den Parteibefehl für den liberalen Kandidaten einzutreten, mit dem angeblichen Zentrumsbündnis der Konservativen begründet, während in Wirklichkeit die Berliner nationalliberale Parteileitung statt einen eigenen Kandidaten aufzustellen, den die Konservativen unterstützt hätten, den Wahlkreis an die Liberalen veräußert hat.

Provinz und Umgegend.

* Cöthen, 4. Jan. In der Frühe des heutigen Tages ist nach kurzem Kranksein der Pastor der anhaltischen Juristen, Geh. Justizrat Karl Behr, sanft entschlafen. Jahrzehnte hat der Verehrte die Anwaltspraxis hier ausgeübt. Bis in sein hohes Alter — er war am 23. April 1826 geboren, also 85 Jahre alt — erfreute er sich einer seltenen Rüstigkeit. Noch vor wenigen Wochen fuhr er auf seinem Fahrrad durch die Stadt. Von seiner großen Geistesfrische zeugt, daß er noch bis zu seiner Erkrankung seines verantwortlichen Amtes waltete.

* Altenburg, 6. Jan. Ein bedeutendes Schadenfeuer brach heute nacht 11½ Uhr auf dem Rittergute des benachbarten Ortes Münsa aus. Dem Feuer, das auch heute vormittag noch wütet, fielen alle drei mit Erntevorräten dicht gefüllte Wirtschaftsgebäude zum Opfer. Das Wohnhaus konnte gerettet werden. Viel Lungvieh sowie eine größere Anzahl Ackergeräte und Maschinen sind mitverbrannt. Sämtliche Wehren der Um-

gebung und die aus Altenburg waren tätig. Die Entstehungs-
ursache des Brandes ist noch unbekannt.

* **Eisenach**, 5. Jan. Die Höfe der Wartburg sind jetzt ge-
schlossen, weil Reparatur-Bauten vorgenommen werden; zahl-
rende Besucher haben nach wie vor Zutritt.

Kleines Feuilleton.

* **Ein „Höhlenmensch“**. Jäger haben im Walde bei Ober-
trubach in der Fränkischen Schweiz eine wohllich eingerichtete
Felsenhöhle aufgetöbert, die einem 60jährigen Manne als
Wohnstätte diente. Bis die Polizei herbeikommt, war der Mann
verschwunden. Man fand ihn später in der Nähe der Höhle an
einem Baum hängt. Es ist, den vorgefundenen Papieren

nach, ein verschollener Schmiedegehelle aus Mösch, der dort seit
vierzig Jahren vermisst war.

* **Ein Konkurrent des Eiffelturmes**. Aus Newyork wird der
„F. Z.“ berichtet: Das Ausstellungs-Direktorium in San Fran-
cisco hat in die Errichtung eines 850 Fuß hohen Turmes auf
dem Ausstellungsplatze eingewilligt. Das Bauwerk wird aus
dem Unterbau und dem eigentlichen Turme bestehen. Ersterer
seine Höhe soll 120 Fuß betragen. Auf dieser Basis wird der
Turm, ein Stahlgerüst mit Terrakotta- oder Marmorwänden
ruhen. Die Seiten messen 85, die Höhe 730 Fuß. Die Ge-
samtkosten werden auf 1½ Millionen Dollars bemessen, doch
ist diese Summe augenscheinlich viel zu klein angelegt. Dieser
Riesenturm würde nach seiner Fertigstellung das zweithöchste
Bauwerk der Welt darstellen. Mit seinen 255 Metern bliebe

er erheblich hinter dem 300 Meter hohen Eiffelturme zurück
und überträte etwa um den Betrag dieser Differenz den vor-
kurzem auf 200 Meter erhöhten Turm der Station für drahtlose
Telegraphie bei Nauzen.

* **Humoristisches**. In einer Gesellschaft wurde musiziert, als
ein Schuhmann eintrat. Der Hausherr eilte ihm verblüfft hin-
gegen und fragte, was er wolle. „Ja, eben ging ein Herr hier
weg, der sagte, daß hier drinnen ein gewisser Wagner miß-
handelt werde.“ — „Was in ein Terrain?“ fragte ein Unter-
offizier einen nicht gerade intelligent aussehenden Kriegsmann
bei der Instruktion. Dieser schweigt. Da tobt der Unteroffizier
wütend: „Deht weiß der Kerl nicht mal, was ein Terrain ist,
dabei steht er den ganzen Tag darin!“ — Und glücklich stammelt
der Rekrut als Antwort: „Gen paar Stiebeln!“

Die Beute des Geiers.

Roman von Tzler de Saig.

Berechtigte Uebersetzung von A. Rudolph.

Savage war so gewöhnt, in den Gesichtern der Menschen zu
lesen, daß er sofort erkannt hatte, daß der Ausdruck tödlichen
Hasses im Gesichte des Sterbenden nicht ihm selbst gegolten
hatte, sondern dem Manne, der ihm geholfen hatte, Goldberg
beiseite zu bringen.

Es war ziemlich sicher, daß dies Moschelles gewesen war.
Weshalb hatte denn de Bogue in seinem letzten Augenblick den
Namen Kiriat genannt?

Savage ging auf demselben Wege, den er gekommen war, aus
dem Grundstück, ohne sich um den im Garten arbeitenden Bur-
schen zu kümmern, stieg dann auf der Straße wieder in den
Motowagen und kehrte nach Great Western zurück, um von
dort Leute nach der Farm zu schicken und bei der Polizei das
Geschehene zu melden.

Während er fuhr, nahm die Aufgabe, die er sich gestellt hatte,
seine Aufmerksamkeit ganz in Anspruch. Ich will versuchen,
mich an die Stelle de Bagues zu denken. Moschelles hätte mir
geholfen, einen Mord zu begehen. Ich sterbe und habe im
letzten Atemzuge Gelegenheit, Moschelles an den Galgen zu
bringen. Warum nenne ich ihn dann Kiriat und nicht Mo-
schelles, wenn ich nicht weiß, daß er vorher unter diesem Namen
gelebt und ein Verbrechen begangen hat? De Bogue war ein
kühl berechnender und sehr geschickter Mann. Er und Moschelles
hatten Goldberg ermordet, aber in einer Weise, daß sie nie
des Verbrechens überführt werden konnten. Da de Bogue wohl
wußte, daß Moschelles wegen keines Verbrechens, das er unter
seinem jetzigen Namen begangen hatte, belangt werden konnte,
wohl aber wegen anderer unter dem Namen Kiriat, so hatte er
diesen angegeben.

So sehe ich die Sache an. Natürlich kann ich mich irren.
Aber wie kann ich beweisen, daß ich Recht habe? Halt, jetzt

hab' ich's, so ist es! Wenn Moschelles unter dem Namen Kiriat
ein Verbrechen begangen hat und de Bogue davon wußte, so
hat er ganz sicher Schweigegeld von ihm erpreßt. Wenn ich
das für mich ganz klar erwiesen hätte, so will ich auch beweisen,
daß Moschelles sich früher unter dem Namen Kiriat gegen die
Gesetze vergangen hat. Es gilt also Moschelles identisch mit
Kiriat zu wissen, und wenn er nicht wegen des jetzigen Ver-
brechens zur Strafe gebracht werden kann, dann für das frühere.
Das wird freilich ein schweres Stück Arbeit werden.

Der Polizist von Great Western war zu Hause, und es
währte nicht lange, bis Savage ihn im Motor nach Chidlinghall
zurückfuhr.

Er hielt am Gatter an und ging, vom Konstabler gefolgt,
voran nach der Scheune.

Das Leben ist völlig erloschen, und es läßt sich weiter nichts
tun, als den Leichenschauer benachrichtigen, sagte Savage. Die
Protokollaufnahme muß, wenn möglich, morgen stattfinden,
denn ich werde dabei sein müssen. Bitte, melden Sie mir die
Stunde nach dem Polizeiamt. Dann ist noch anderes zu tun:
Der Graben muß ausgehöpft und dann müssen alle Räume
nach der Leiche Goldbergs untersucht werden. Sie müssen das
ganz in aller Stille tun lassen. Goldbergs Name möchten wir
noch nicht mit der Sache in Verbindung bringen. Benach-
richtigen Sie den Obergendarm. Nehmen Sie ein Duzend Ar-
beitsleute und lassen Sie sie, so schnell wie möglich, anfangen
und melden Sie uns das Resultat nach London.“

„Ja, Sir“, antwortete der Polizist.

Savage verließ den Schuppen und kam nach der Straße zu-
rück. Er wollte gerade in den Wagen einsteigen, als ein Herr
mittleren Alters von respektablem Aussehen die Straße entlang
kam und in die Bestigung gehen wollte. Savage hielt ihn an
und fragte:

„Was wünschen Sie?“

„Ich wünsche Herrn de Bogue zu sprechen“, entgegnete der
andere. „Ist er nicht zu Hause?“

„Entschuldigen Sie die Frage“, sagte Savage, aber weshalb
wollten Sie ihn sprechen?“

„Ich wollte ihn geschäftlich sprechen“, erwiderte der andere,
der sich durch Savages Frage beleidigt fühlte.

„Ich möchte nicht gern für unhöflich gehalten werden“, be-
merkte Savage, „aber es hat sich hier ein schreckliches Drama
abgepielt, und ich kann Ihnen tatsächlich nicht raten, Herrn de
Bogue zu sehen“. In wenigen Worten berichtete er ihm dann
das Vorgefallene.

„Das ist ja eine entsetzliche Geschichte“, sagte der andere. „Ich
bin der Schullehrer von Great-Western. Ich wollte Herrn de
Bogue wegen einer Vorlesung sprechen, die er bei uns halten
wollte. Mein Gott! mein Gott! wie schrecklich!“

„Ja, es ist furchtbar schrecklich. Wie lange hat Herr de Bogue
in Chidlinghall gewohnt?“

„Erst seit etwa sechs Monaten.“

„Ist das Haus sein Eigentum?“

„Ja, er hat es gekauft.“

„Von wem?“

„Von einem Herrn, der sehr viel Land in dieser Gegend be-
sitzt, dem Squire Boughton. Nein, ich irre mich, dieser verkaufte
es erst an einen Herrn aus Südafrika, der hier eine Farm zur
Akklimatisation von afrikanischen Tieren errichten wollte. Zu-
erst hatte er ein Zebra und andere Tiere, einschließlich des
Affens. Herr de Bogue übernahm mit dem Gute auch die Tiere.
Er war ein großer Zoologe und Forscher.“

(Fortsetzung folgt.)

* **Paris**, 6. Jan. Dem „Matin“ wird aus London berichtet,
England habe es bisher nicht für zweckmäßig gehalten, in die
französisch-spanischen Verhandlungen tätig einzugreifen. So-
bald jedoch Frankreich erklären würde, daß es in seinen Zu-
ständnissen an dem äußersten Punkte angelangt sei, werde Eng-
land in Madrid zur Vernunft mahnen. Dieser Augenblick
scheine nicht mehr fern.